

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Cornelia Pieper, Uwe Barth, Patrick Meinhardt, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Hausteil, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Horst Meierhofer, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Frühkindliche Bildung und frühere Einschulungen**

Mit der Verabschiedung der „Empfehlungen zum Schulanfang“ am 24. Oktober 1997 wurde das überdurchschnittlich hohe Einschulungsalter in der Bundesrepublik Deutschland seitens der Kultusministerkonferenz (KMK) thematisiert und nach Strategien zur Förderung eines früheren Schuleintritts beraten. Als Konsequenz beschloss die KMK, die geltenden Regelungen in Bezug auf den Schuleintritt zu verändern, den Ländern bei der Ausgestaltung jedoch einen gewissen Spielraum zu gewähren.

Im selben Zeitraum richtete sich die Aufmerksamkeit der Bildungsverantwortlichen zudem auf die vergleichsweise lange Dauer der schulischen Bildung. Dieser weitere Schwachpunkt des Deutschen Bildungssystems wurde als erhebliches Problem erkannt und die überwiegende Mehrheit der Länder hat in der Zwischenzeit Maßnahmen getroffen, um die Schulzeit bis zum Abitur zu verkürzen. Allerdings unterscheiden sich die Wege zur Integrierung der Lerninhalte in die verbleibende Schulzeit nicht unerheblich.

Schließlich wurden, insbesondere nach den ersten erschreckenden Pisa-Ergebnissen, unterschiedliche Pfade beschritten, um die Kinder möglichst frühzeitig auf die Schule vorzubereiten und damit Alternativen zur Zurückstellung anzubieten. Neben der kapazitären Verstärkung und qualitativen Aufwertung der Arbeit von Kindertagesstätten (z. B. durch die Verabschiedung von landesweiten Bildungs- und Qualitätsprogrammen) setzen einige Länder auf flexible Schuleingangs- oder -Anfangsphasen, um auf diese Weise gezielt auf Wissensvorsprünge oder Defizite individuell reagieren zu können.

Insgesamt herrscht derzeit einige Unklarheit über die vielfältigen Entwicklungen im föderalen Bildungsraum und hinsichtlich der Umsetzung und der Erfolgsaussichten einzelner Maßnahmen, wie z. B. der flexiblen Schulanfangsphase (vgl. „Unterricht aus der Büchse“, die tageszeitung, 4. Mai 2007). In

diesem Zusammenhang ist die Bundesregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen gefordert, für Klarheit und Transparenz zu sorgen, um dem föderalen Bildungswettbewerb Vorschub leisten zu können.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Bundesländer haben das Einschulungsalter in den letzten Jahren vorgezogen, welche beabsichtigen dies, und wie hat sich dies bislang auf das jeweilige Durchschnittsalter des Schuleingangsjahrgangs ausgewirkt?
2. Lässt sich diesbezüglich eine Tendenz feststellen, und wie wird diese seitens der Bundesregierung bewertet?
3. In welchen Bundesländern wurde das Vorziehen des Einschulungsalters durch besondere Maßnahmen flankiert, z. B. Verstärkung der vorschulischen Sprachförderung oder Einrichtung von flexiblen Schuleingangsphasen?
4. Welche Bundesländer haben eine flexible Schuleingangs- oder Schulanfangsphase implementiert, und welche Bundesländer beabsichtigen dies zu tun?
5. Welche Bundesländer verfügen oder verfügten über Vorschulen oder Vorklassen, die an staatlichen Schulen angesiedelt sind oder waren?  
Wie sind bzw. waren diese konzipiert?
6. Welche Erfahrungswerte haben die Bundesregierung und Länder in Bezug auf die Effektivität der Vorschulen oder Vorklassen sammeln können?
7. Wie ist die Zuständigkeit für den Bereich der vorschulischen Bildung über die jeweiligen Länderministerien bzw. -verwaltungen geregelt?
8. Welche Bundesländer haben die Schulzeit bis zum Abitur auf insgesamt 12 Jahre verkürzt bzw. welche Bundesländer beabsichtigen dies zu tun?
9. Welche Bundesländer haben auf die Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre verzichtet, und wie wird dies begründet?
10. Erkennt die Bundesregierung eine allgemeine Entwicklung, hin zu einer früher einsetzenden und insgesamt kürzeren Schulzeit, welche wiederum durch eine intensivere Vermittlung der Lerninhalte gekoppelt ist?
11. Wie beurteilt die Bundesregierung die potenziell gestiegene (Lern-)Belastung der deutschen Schülerinnen und Schüler, insbesondere im Vergleich mit den EU-Nachbarstaaten?
12. Inwiefern sieht die Bundesregierung eine Chance, mit dem Ausbau des Ganztags schulwesens der Verdichtung der Lernzeit auf 12 Jahre zu begegnen, um so Schülerinnen und Schülern einen adäquaten pädagogischen Rahmen bieten zu können?
13. Welche Bundesländer nutzen den Ausbau der Ganztagschule, um der Verdichtung des Unterrichtsstoffes im Zuge der verkürzten Schulzeit begegnen zu können?

Berlin, den 16. Januar 2008

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**